



Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 02. Februar 2010

Vorlagen-Nr. 10-F-01-0015

**Wiesbadener Fälle, über die 2009 von der Härtefallkommission des Landes Hessen entschieden wurde
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.01.2010 -**

Die sog. Härtefallkommission des Landes Hessen hat laut Bericht des HMdI im Jahre 2009 über 121 Härtefälle beraten. Betroffen waren insgesamt 248 Menschen.

In 51 Fällen hat die Kommission festgestellt, dass dringende humanitäre Gründe den weiteren Aufenthalt in Deutschland erfordern. Davon waren insgesamt 103 Ausländerinnen und Ausländer betroffen.

In 70 Fällen wurden demnach dringende humanitäre Gründe verneint mit der Folge, dass 145 Ausländerinnen und Ausländer aus Hessen in ihre Herkunftsländer abgeschoben wurden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Überblick darüber zu geben,

- a) über wie viele Ausländerinnen und Ausländer die Härtefallkommission beraten hat, die in Wiesbaden Zuflucht gefunden haben bzw. hatten,
- b) wie vielen dieser Ausländerinnen und Ausländer aus humanitären Gründen Duldung zugestanden wurde,
- c) wie vielen dieser Ausländerinnen und Ausländer Duldung abgelehnt wurde - mit Darlegung der Gründe bei sonstiger Wahrung des Datenschutzes

Beschluss Nr. 0006

Der Antrag der SDP-Stadtverordnetenfraktion vom 26.01.2010 betr.

Wiesbadener Fälle, über die 2009 von der Härtefallkommission des Landes Hessen entschieden wurde

hat durch die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Herrn stellv. Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2010

Spallek
Vorsitzender

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2010

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister